



Protestaktion des globalisierungskritischen Netzwerkes attac vor dem Kanzleramt anlässlich des Krisen-Treffens der G-20 im Februar in Berlin.

Foto: Jakob Huber



Krise und Krieg - zwei Seiten einer Medaille

Seite 6

Wir zahlen nicht für eure Krise!

In dieser Ausgabe:

- 2** Fünf gute Gründe für gemeinsamen Ethikunterricht.
- 3** Unsere Enteignung, eine wesentliche Ursache für die Krise. Was tun?
- 4** Chaos Computer Club ruft zum Datenboykott auf. Zur Auseinandersetzung um die Berliner Schülerdatei
- 6** Zu wenig Zukunft - zu viel Nostalgie. Ein Kommentar zu einer Ausstellung des Mobiles Museums Neukölln zum Flughafen Tempelhof

Die Wirtschaftskrise verschärft sich von Monat zu Monat. Die Weltbank spricht von der international schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten.

Über eine Million Arbeitsplätze sind in Gefahr, mehr als die Hälfte durch Firmenpleiten. Während viele Leiharbeiter/-innen schon nach Hause geschickt wurden und häufig arbeitslos sind, machen immer mehr Beschäftigte Erfahrung mit Kurzarbeit oder Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Bei der Bankenrettung mit knapp 500 Milliarden Euro war die Regierung im Oktober 2008

schnell. Beim Rettungsschirm für Arbeitsplätze wurde aber wieder geknausert. Merkel und Steinbrück verkennen den Ernst der Lage.

„Wir zahlen nicht für eure Krise! - Für eine solidarische Gesellschaft!“

Unter diesem Motto mobilisiert ein breites Bündnis aus Gewerkschaftsgliederungen, Erwerbslosen- und Sozialprotestorganisationen, dem globalisierungskritischen Netzwerk attac, der Partei „Die Linke“ sowie entwicklungspolitischen und antikapitalistischen Gruppen für den 28. März - wenige Tage vor dem so genannten Weltfinanzgipfel der G-20 am 2. April in London - zu Demonstrationen in Berlin und Frankfurt am Main.
Mehr auf Seite 3

Europäischer Aktionstag
aus Anlass des G-20-Treffens in London

Demonstration in Berlin am 28. März

Auftakt: 12 Uhr, Rotes Rathaus (Karl-Liebknecht-Straße/Spandauer Straße)
Abschlusskundgebung: 16 Uhr, Gendarmenmarkt

DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln

Fünf gute Gründe für gemeinsamen Ethikunterricht

Lasst uns beides: Ethik plus Religion!



Repro: Plakat der Initiative Pro Ethik

Gegenseitiges Verstehen und Toleranz einüben

Im gemeinsamen Ethikunterricht reden die Schülerinnen und Schüler über Unterschiede und Gemeinsamkeiten, um einander besser zu verstehen. Der gemeinsame Ethikunterricht ist für unsere multikulturelle Stadt unverzichtbar, denn 42 Prozent aller 6 bis 15-jährigen Schülerinnen und Schüler haben in Berlin bereits heute einen Migrationshintergrund.

Gemeinsame Werte entdecken

Im gemeinsamen Ethikunterricht lernen die Jugendlichen etwas über die Werte, die unserer Gesellschaft wichtig sind. Basis dafür sind die Menschenrechte und unser Grundgesetz. So lernen Schülerinnen und Schüler christlicher, muslimischer, jüdischer, atheistischer oder anderer Herkunftskulturen auch, dass vieles in Religionen und Weltanschauungen allgemeingültig ist.

Grundwissen zu kulturellen Traditionen aneignen

Im gemeinsamen Ethikunterricht erwerben alle Schülerinnen und Schüler Grundwissen über verschiedene religiöse, weltanschauliche und kulturelle Traditionen. In Kooperationsprojekten besuchen sie u.a. Kirchen, Synagogen, Moscheen, Cemhäuser und Tempel. Das fördert den Respekt, gegenseitige Verständigung und Toleranz.

Vorurteile überwinden und Konflikte lösen

Im gemeinsamen Ethikunterricht lernen die Jugendlichen, die Ursachen von Missverständnissen, Vorurteilen und Konflikten zu erkennen und zu überwinden und erarbeiten so gemeinsam Regeln für das friedliche Zusammenleben.

Religionsunterricht kann Ethikunterricht ergänzen, nicht ersetzen

Im gemeinsamen Ethikunterricht werden allen Schülerinnen und Schülern allgemeinbildende und verbindende Inhalte vermittelt. Im ergänzenden Religionsunterricht lernen sie etwas über die Glaubensvorstellungen und die religiöse Praxis ihrer Religionen und Konfessionen. Religions- und Weltanschauungsunterricht können Ethik nicht ersetzen, aber wertvoll ergänzen.

Zweite kommunalpolitische Tagung in Neukölln

Kommunalpolitische Themen betreffen uns Alle. Deshalb lädt die Neuköllner LINKE am 18. April zur Arbeitstagung in die Räume der Brüdergemeinen in der Donaustraße ein.

Wir wollen uns mit diversen Vertretern von Gruppen aus dem Kiez sowie der Verwaltung zusammensetzen. Zuerst soll die kritische momentane Situation in Neukölln untersucht werden. Danach werden wir Ziele für die Zukunft erarbeiten und den Weg dorthin festlegen. Der Schwerpunkt wird dabei auf der gemeinsamen Arbeit in drei Gruppen liegen, die am Ende wieder durch eine Abschlussdiskussion zusammen geführt werden.

Zum ersten Themenkomplex Arbeit, Soziales und Gesundheit beschäftigen uns folgende Fragen: Wenn Deutschlands größtes Jobcenter und Neuköllns größter „Arbeitgeber“ in den Kindl-Boulevard umzieht – wird dann alles besser oder hat die Rechtsberatung der LINKEN erst recht Zulauf? Was kann das Quartiersmanagement in der sozialen Lage Neuköllns leisten und was nicht? Wie wäre die Abwanderung von Fachärzten aus dem Neuköllner Norden zu stoppen?

Bildung und Jugend sind uns wichtig – deshalb wollen wir uns in der zweiten Arbeitsgruppe mit dem notwendigen Umbau des Berliner Schulsystems beschäftigen. Gefordert wird eine ganztägige Gemeinschaftsschule für interkulturelles Lernen. Denn auf Dauer kann die Integration nur gelingen, wenn die Schule so gut

ist, dass die Schüler gern hingehen. Kultur muß mehr als eine Chance in Neukölln haben. Brauchen wir Kulturzentren für die Kieze?

Neukölln befindet sich im Umbruch und das gilt besonders für seinen Norden. In der Gruppe Stadtplanung, Grün und Verkehr soll Einfluss auf diese Entwicklung genommen werden. Das Bezirksamt will die Karl-Marx-Straße umgestalten – aber wie soll sie künftig aussehen?

Seit einem halben Jahr ist der Flughafen Tempelhof geschlossen und wann bekommen wir den Park? Werden die Mieten steigen?

Für alle diese Themen brauchen wir euer Wissen und euer Engagement.

*Marlis Fuhrmann und Thomas Licher
für den Bezirksvorstand der Neuköllner LINKEN*



Karikatur: Klaus Stüttmann

Unsere Enteignung, eine wesentliche Ursache der Krise. Was tun?

Die Wirtschaftskrise wird durch den Zusammenbruch der Finanzmärkte erheblich verschärft. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte sind die Reallöhne im letzten Aufschwung nicht gestiegen. Viele Beschäftigte haben sogar weniger im Geldbeutel als 2003.

Die Agenda 2010 hat viele Menschen gezwungen zu Hunger- und Niedriglöhnen zu arbeiten. Viele Erwerbslose wurden systematisch verarmt. Rentnerinnen und Rentnern wurden Rentenerhöhungen vorenthalten. Alles ein riesiger sozialpolitischer Skandal, mit verheerenden wirtschaftspolitischen Folgen. Die Binnennachfrage wurde weiter geschrumpft. Und durch die Steuergeschenke an Reiche hat die Regierung immer neue „Sachzwänge“ geschaffen, um unsere Daseinsvorsorge zu verschlechtern und so ebenfalls die Binnennachfrage beschnitten. Dagegen sind die Gewinne und Vermögen der Reichen in unvorstellbarem Ausmaß in die Höhe geschossen. In den letzten zehn Jahren sind die arbeitenden Menschen um eine Billion Euro enteignet worden. Einkassiert haben sie Reiche und Vermögende. 500 Milliarden zu Lasten der Löhne und 500 Milliarden



Foto: Jakob Huber

durch Steuergeschenke des Staates. Große Teile dieser Gelder sind nicht in Anlagen oder gar Arbeitsplätzen investiert, sondern auf den internationalen Finanzmärkten angelegt worden. Renditeversprechungen von 15 bis 25 Prozent waren zu verlockend. Die Zeche dieser Politik sollen die Beschäftigten, Renter/-innen und Erwerbslosen bezahlen. Nach der Bundestagswahl droht die Agenda 2020; Sozialabbau in ungekannter Größenordnung. Dies droht, wenn wir nicht jetzt Gegenwehr organisieren.

DIE LINKE kämpft für einen grundlegenden Politikwechsel. Nicht nur im Parlament, sondern sie ruft dazu auf, diesen Kampf auch auf der Straße zu führen:

1. Zukunftsinvestitionsprogramm für soziale Dienste, Infrastruktur und den ökologischen Umbau.
2. Profiteure zur Kasse – Millionärsteuer: Umsetzung eines steuerpolitischen Konzeptes mit Mehreinnahmen von 160 Milliarden Euro.
3. Öffentliche Kontrolle über die Banken.
4. Mehr Demokratie und politisches Streikrecht.

Wir dürfen jetzt nicht zuschauen, wie erneut Politik zu unseren Lasten betrieben wird. Wir wollen uns dagegen wehren, dass die Krisenlasten erneut auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.

Berliner Schülerdatei:

Chaos Computer Club ruft zum Datenboykott auf



Fotos: Jakob Huber

„Der Gesetzentwurf vermischt schulorganisatorische und polizeiliche Zielsetzungen. Dies erschwert einen konsistenten Datenschutz für die Schülerdatei, widerspricht dem Prinzip der Datensparsamkeit und birgt so die Gefahr einer späteren (gesetzlichen) Umwidmung der Schülerdaten.“ (Aus der Stellungnahme der Humanistischen Union zur Schülerdatei)



Der Bezirksvorstand der Neuköllner LINKEN unterstützt den Aufruf zum Boykott der vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossenen Schülerdatei.

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 19. Februar die Einführung der vollständigen Datenerfassung aller Berliner Schüler und die Zuweisung einer eindeutigen Schülernummer beschlossen. Detaillierte personenbezogene Informationen über alle Kinder im schulpflichtigen Alter sollen erhoben, zentral verarbeitet und abfragbar gemacht werden – natürlich mit umfangreichem Zugriff für Polizei und andere „Sicherheits“-Behörden. Die Datenskandale der letzten Monate haben deutlich gezeigt, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis sensible Informationen aus der Schülerdatei verlorengehen und von Kriminellen missbraucht werden.

Nachdem die bundesweite Schülerdatei endgültig vom Tisch ist, schickt sich Berlin an, eine eigene zentrale Kinderdatei anzulegen. Die zuletzt rapide steigende Tendenz an Datenskandalen hat jedoch deutlich gemacht, dass weder Firmen noch Behörden mit derart sensiblen Daten über Schüler und deren Eltern sicher umgehen können.

Dirk Engling, Sprecher des beim Datenschutz engagierten Chaos Computer Clubs, kommentierte: „Offenbar müssen erst persönliche Daten von Kindern in die Hände von Straftätern oder Privatschnüfflern fallen, bevor der Berliner Senat den Ernst der Lage begreift und die unverantwortliche Datenraffgier zügelt.“ Der CCC ruft die Berliner Eltern daher zur Gegenwehr durch Datenboykott auf. Sie sollten den Direktoren bzw. Schulträgern der Schulen ihrer Kinder umgehend die Weitergabe der Daten untersagen. Dazu genügt ein formloses Schreiben.

Beispielanschreiben

Sehr geehrte ...,
das Abgeordnetenhaus hat die Einführung einer zentralen Schülerdatei für Berlin beschlossen. Die Datei ist sehr umstritten und in ihrer derzeitigen Ausführung nicht für die angegebenen Zwecke des Gesetzes notwendig. Diese Form der Datenerhebung steht im Widerspruch zum gesetzlichen Gebot der Datensparsamkeit. Angesichts der Datenskandale der letzten Monate ist es nur eine Frage der Zeit, bis Datenbestände aus der Schülerdatei verloren gehen und missbraucht werden.

Ich untersage daher hiermit die Speicherung, Weitergabe und Verarbeitung der Daten meines Kindes für die Zwecke der Berliner Schülerdatei. Den Eingang meines Schreibens bitte ich zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

Krise und Krieg – zwei Seiten einer Medaille

Kampfflugzeuge, Schützenpanzer und Sturmgewehre sind den Regierungen weltweit mehr wert als Schulen, Krankenhäuser und Pflegeheime. 1.000 Milliarden Euro werden jährlich für Rüstung und Militär verschleudert. Zwei Drittel dieser Ausgaben stammen von Staaten, die dem westlichen Militärbündnis NATO angehören. 175 Milliarden würden reichen, um weltweit die Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung zu garantieren.

Die Kosten tragen, wie bei den schuldenfinanzierten Rettungsschirmen für Banken und Konzerne, die Menschen in diesen Ländern. Und immer mehr Soldatinnen und Soldaten werden die Kriegspolitik der NATO ausführen müssen. Die Krise wird dazu führen, dass die globale Konkurrenz um Rohstoffe und Einflussphären zunehmen wird - wirtschaftlich und militärisch. Krise und Krieg sind zwei Seiten einer Medaille.

Obama kommt. Merkel, Sarkozy und andere rangeln um die Plätze bei Tisch. Anfang April treffen sich Spitzenpolitiker der NATO in Straßburg und Baden-Baden, um bei einem Gipfeltreffen den 60. Gründungstag des Pakts zu feiern. Die Friedensbewegung ruft zu Protestaktionen und einem Gegengipfel auf. Denn die versammelten Regierungschefs werden nicht nur feiern: Es geht um die Abstimmung einer neuen Strategie des Bündnisses. Mit ihr soll die Militärallianz als globale Macht aufgestellt werden.

Krieg und Besetzung in Afghanistan sind dafür Referenzprojekt. Die NATO hat im August 2003 das Kommando über die International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan übernommen. Zum damaligen Zeitpunkt haben sich nur wenige vorstellen können, dass die Allianz dort in einen Guerillakrieg verwickelt werden würde, der immer mehr zum Alptraum wird. In Kabul „regiert“ eine korrupte Regierung, die eng mit Drogenbaronen verbunden ist. Der neue US-Präsident Obama setzt auf mehr Truppen in Afghanistan. Das ist verhängnisvoll. Als erstes will er 17.000 Soldaten vom Irak nach Afghanistan verlegen. Deutschland stockt den Truppeneinsatz auf 4.500 Bundeswehrangehörige auf. Truppen in Afghanistan tragen nicht zur Lösung des Problems bei – sie sind das Problem.

Der NATO-Gipfel soll eine neue „Gesamtstrategie“ absegnen. Dafür haben hochrangige Generäle ein Konzept entwickelt. Mit dabei: der Ex-Generalinspekteur der Bundeswehr, der General Klaus Naumann. Die Generäle schreiben zu ihrer Strategie: Sie „beinhaltet die umsichtig

abgestimmte und voll integrierte Nutzung aller politischen, ökonomischen, militärischen, kulturellen, sozialen, moralischen, spirituellen und psychologischen Machtmittel, die zu Verfügung stehen.“ Das ist ein Totalkonzept. Die neue Konzeption sieht vor, das Konsensprinzip im NATO-Rat abzuschaffen. Jederzeit könnte dann eine „Koalition der Willigen“ mit den Kapazitäten der Allianz Krieg führen. Globale Militärinterventionen, sie sollen auch ohne UN-Mandat durchgeführt werden können. Das Kriegsbandnis besteht darauf Atomwaffen einzusetzen, auch gegen Staaten, die keine Atomwaffen besitzen. Die Strategen nennen das „asymmetrischen Einsatz“.

Die enge Abstimmung zwischen der Außen- und Sicherheitspolitik der EU und der NATO wird strukturell gesichert. Mit der Osterweiterung will die Allianz die Interessen ihrer Mitgliedsstaaten gegen Russland, China und andere durchsetzen. Dabei riskieren sie – wie im Falle Georgiens – auch Krieg. Treibende Kraft der NATO sind die USA, aber nicht zu übersehen: Auch die Bundesregierung spielt eine wichtige Rolle bei der Neuausrichtung der NATO und nimmt gleichzeitig die Anforderungen der anderen NATO-Staaten zum Anlass, die Militarisierung der deutschen Außenpolitik voranzutreiben.

Obama proklamierte in seinem Wahlkampf „Change“. Für die Friedensbewegung heißt „Change“, die Truppen aus Afghanistan zurückziehen, die Osterweiterung des Militärpakts zu stoppen, die nukleare Erstschlagoption aufzugeben und die NATO aufzulösen. Für diesen Politikwechsel werden Anfang April zehntausende in Straßburg demonstrieren.



Die internationale Demonstration „No to War – No to NATO“ beginnt am Sonnabend, dem 4. April, um 13 Uhr in der Straßburger Innenstadt. Der Berliner Landesvorstand der LINKEN wird für dieses Wochenende die Busfahrt organisieren.

Zunächst wird ein Bus organisiert, weitere Busse kommen entsprechend dem Anmeldestand hinzu. Die Kostenbeteiligung beträgt 25,- Euro. Anmelden zur Mitfahrt auf der Internetseite des Landesverbands DIE LINKE Berlin:

die-linkeberlin.de/politik/anmelden_zur_fahrt

Kontakt DIE LINKE. Landesverband Berlin
Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße
28, 10178 Berlin Telefon: (030) 24 00 93 01
Fax: (030) 24 00 92 60

e-mail: info@die-linke-berlin.de

Make Nato History Infoveranstaltung

Donnerstag, 26. März, 19 Uhr
im Kato (Schlesisches Tor)

Mit

Christine Buchholz (DIE LINKE)

Claudia Heydt

(Informationsstelle Militarisierung)

Lühr Henken (Friedensratschlag)



Gefahren aus Luft gehören der Vergangenheit an.

Zu wenig Zukunft, zu viel Nostalgie

„Goodbye Tempelhof“, eine nostalgische, dennoch sehenswerte Wanderausstellung des Mobiles Museums Neukölln, kommt zu früh. Sie schwelgt in der Vergangenheit.

Den Auftakt zur Präsentation machte das Interkulturelle Zentrum der Genezarethkirche. Ende Mai ist die Nostalgieschau in der Stadtbibliothek Neukölln zu sehen.

Das Mobile Museum Neukölln stellt für „Goodbye Tempelhof“ viele nützliche Informationen und vor allem technische Abbildungen über die Geschichte der Berliner Fliegerei zusammen. Wer sich mit diesem Aspekt noch nicht auskennt, erhält gute Hinweise. Im Reiterstil werden leider die faschistische Kriegsproduktion, das Lager Columbia für Zwangsarbeiter/-innen und überhaupt die großwahn sinnige Architektur des Gebäudes übersprungen.

Durch die Nachkriegszeit wird der Betrachter im glamourösen Galopp gerissen. Exzellenzen kommen und gehen aus Hollywood, nachdem die Luftbrücke beendet war. Schließlich

wird hervor gehoben, dass sich Bürger/-innen seit den siebziger Jahren und vor allem seit der Wiedervereinigung gegen einen innerstädtischen Flughafen erfolgreich wehren.

Gut: die den Grünen nahe stehende BIFT „Bürgerinitiative Flugfreies Tempelhof“ findet Lob für ihr Engagement gegen innerstädtischen Flugbetrieb. Schlecht: neu gegründete Bürgerinitiativen, die sich für ein Moratorium zur Nachnutzung und „Tempelhof für Alle“ einsetzen, hat das Mobile Museum Neukölln ausgelassen. Nur der Masterplan aus den neunziger Jahren, erstellt von der SPD-geführten Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, wird als Zukunftsmodell abgebildet. Dabei ist er sozial und wirtschaftlich längst überholt.

Fazit von „Goodbye Tempelhof“: Momente der Vergangenheit werden berührt, der Glamour der Nachkriegsjahre abgebildet, der kalte Krieg belebt, die Verbrechen des Faschismus werden verschwiegen, Zukunft wird nicht entworfen. Aus dieser Klemme kommt das Mobile Museum Neukölln, indem es in der Stadtbibliothek eine Diskussionsreihe für BürgerInnen ermöglicht: Zukunftsvisionen für das Tempelhofer Feld.

Den Kommentar schrieb Thomas Hinrichsen

Der Zaun muss auf

Der Landesverband der LINKEN unterstützt den Vorschlag eines Moratoriums, wie es die Bürgerinitiative NANU verlangt.

Es sollen auf dem ehemaligen Tempelhofer Flughafen weder Verkauf von Grundstücken, noch private Bebauungen und endgültige Lösungen ohne Bürgerbeteiligung erfolgen. Dies deckt sich mit der Forderung „tfa – Tempelhof für alle“: das Feld muss geöffnet werden, um unkonventionellen und nicht kommerziellen Ideen Raum zu bieten. Die Interessengemeinschaft BUNTER HUND will einen „Hundepark für Tier und Mensch“, Kunstausstellungen, Grillpartys. Die „Rote Rübe“ plant

Nachbarschaftsgärten, in denen Lebensmittel für den bargeldlosen Austausch wachsen. Motto: „Zäune zu Gewächshäusern“. Gegen den Bau des Columbiaquartiers, die eine Planierung des Grüngürtels zum Südsterne beinhaltet, wehren sich die Kleingartenkolonie am Columbia-damm und der Mieterladen Chamissoplatz.

Plenum der Bürgerinitiativen: Jeden vierten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Prinz, Fontanestraße, Neukölln

NANU THF, Bürgerinitiative Nachnutzung Tempelhof, www.nachnutzung-thf.de, info@nachnutzung-thf.de, tfa- Tempelhof für Alle, <http://tfa.blogspot.de>, tfa@riseup.net, Interessengemeinschaft Bunter Hund, „Ein Hundepark für Tier und Mensch“, ig-bunter-hund@t-online.de

Informative Bücher zur Diskussion um Nahost

Tanya Reinhart, „Operation Dornenfeld“, Der Israel-Palästina-Konflikt: Gerechter Frieden oder endloser Krieg, aus dem Englischen von Michael Schiffmann, Atlantik Verlag Bremen 2002.

Tanya Reinhart, international tätige Sprachwissenschaftlerin, Publizistin und Friedensaktivistin, entlarvt Schritt für Schritt: Schon das Oslo-Abkommen 1993 und seither alle folgenden Verhandlungen zwischen Israel, der PLO und der Palästinensischen Autonomiebehörde waren eine Farce. Es endet immer mit wachsender Gewalt und Zerstörung der israelischen Armee gegenüber der anderen Seite. Die „Operation Dornenfeld“ und „Operation Schutzschild“, das verschwiegene Massaker im Lager Jenin sind die Vorläufer der bodenlosen Zerstörung in Gaza. Mit Akribie nimmt Tanya Reinhart, Professorin für Linguistik an der Uni Tel Aviv, sämtliche Formulierungen aller erzielten Abkommen auseinander. Es geht dem von Militärs geführtem israelischen Establishment nie um einen wirklichen Frieden, sondern um die Tarnung ethnischer Säuberungen und endloser Gewalt gegenüber dem palästinensischen Volk.

Rolf Verleger, Israels Irrweg. Eine jüdische Sicht. PapyRossa Verlag Köln, Zweite akt. und erw. Auflage 2009.

Rolf Verleger, Professor für Psychologie aus Lübeck, Mitglied im Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland, nimmt gegen die zionistische Expansionspolitik der israelischen Führung Stellung. Das Buch hat der engagierte Jude in Erinnerung an seine Verfahren geschrieben, die zum größten Teil der faschistischen Vernichtungsmaschinerie zum Opfer fielen. Er gibt einen Einblick in jüdische Geschichte, Tradition und Religion. In historisch kritischer Würdigung des Zionismus stellt er heraus, dass sich mit der gewaltsamen Gründung Israels und der Vertreibung Millionen Palästinenser die „Revisionisten“ unter den Zionisten durchsetzen: Keine friedliche und gleichberechtigte Koexistenz zwischen Juden und Palästinensern. Er zeigt Auswege aus diesem Dilemma auf. Sein Fazit: „Die EU sollte Israel ebenso an seinen Fortschritten in Beachtung von Völkerrecht und Menschenrechten messen, wie sie dies ... mit Serbien und der Türkei tut. Die rechtliche Bewertung der Fälle (israelischer Generäle und Politiker, T.H.) Olmert und Barak aber sollte ebenso wie in den Fällen Karadzic und Mladic in Den Haag erfolgen.“

Die beiden Publikationen enthalten umfangreiche Quellenangaben und Querverweise. Tanya Reinhart und Rolf Verleger eröffnen jedem auf verständliche Weise Zugang zur Problematik und zu menschlichen Lösungen.

Thomas Hinrichsen

Wir gehören zusammen

radio multicult 2.0 ist das interkulturelle Webradio für Berlin und Brandenburg.

Die Macher von multicult 2.0 sind ein internationales Team von Journalisten und Unterstützern. Auf die Schließung des rbb-Senders radiomultikulti zum Jahreswechsel haben sie mit dem Internetradio www.multicult20.de reagiert. Auf der Linken Medienakademie Anfang März in Berlin haben sie ihr Projekt der Fachöffentlichkeit präsentiert. Zustimmung fand die Einschätzung, dass Berlin-Brandenburg als Deutschlands zweitgrößter Medienstandort und Hauptstadtregion ein multikulturelles Medium braucht, das alle ethnischen Gruppen anspricht und verbindet. Hier leben Menschen aus 180 Nationen, die rund 25 Prozent der Berliner Bevölkerung ausmachen.

Gute alte Bekannte von radiomultikulti an der Moderation oder am DJ-Pult überraschen mit inspirierender Weltmusik, neuen Sendekonzepten und so noch nicht gehörten Radio-Innovationen. Gesendet wird via livestream von www.multicult20.de in 15 Sprachen. Produziert wird zu 100 Prozent ehrenamtlich. Zur Existenzsicherung wird ein ständiger Zufluss von materiellen und ideellen Spenden benötigt. Die multicult 2.0-Macher streben an, wie sie „neu-köllnisch“ erklärten, möglich bald auch über Antenne senden zu können.



Foto: Carl Weinrother / Bundesarchiv

Barrikade an der Prinz-Handjery-Straße (heute Briesestraße)/Ecke Hermannstraße

Ausstellung zum Blut-Mai 1929 in Neukölln

Fotografien, Zeitungsartikel, Druckerzeugnisse, Zeitzeugenberichte sollen in einer Ausstellung über die Ereignisse um den 1. Mai 1929 in Berlin, insbesondere in Neukölln, informieren.

Der Neuköllner Bezirksverband der LINKEN erinnert vom 30. April bis 31. Mai im Zentrum am Richardplatz 16 an dieses Kapitel der Arbeiterbewegung. Der SPD-

Innenminister Seveking hatte Maidemonstrationen unter freiem Himmel verboten. Dagegen richtete sich Widerstand, der von der Polizei blutig unterdrückt wurde. Die Bilanz: 17 tote Arbeiter und Arbeiterinnen in Neukölln, 33 in ganz Berlin. Unter den Opfern rund um die Hermannstraße waren drei Frauen, die sich in ihren Wohnungen oder auf ihrem Balkon aufhielten. Der Blut-Mai 1929 war ein Vorspiel. Die Nazis konnten 1933 die Macht ergreifen, weil SPD und KPD sowie Gewerkschaften nicht zu einer Aktionseinheit kamen.

„Über Marx macht man keine Witze.“



Bereits seit langer Zeit hat die Werbeindustrie die Bilderwelten linken und alternativen Protests für sich „entdeckt“. Noch bis Anfang April sind die Ergebnisse in der Neuköllner Galerie Olga Benario zu besichtigen.

Ein besonderes Feld sind Marx-Karikaturen. Seit Ausbruch der jüngsten Wirtschaftskrise haben Karikaturen Konjunktur, in denen der Autor des „Kapital“ eine Rolle spielt. Darüber berichtete Hans Hübner bei einer Galerieveranstaltung. Hübner ist einer der Herausgeber eines umfangreichen Marx-Karikaturenbandes. Während das Echo zu der internationalen Sammlung überwiegend positiv war, gab es auch harte Ablehnung. „Über Marx macht man keine Witze“, so ein Teilnehmer des Strausberger Friedensfestes bei einer Buchpräsentation. Für Besucher/-innen der Galerie Olga Benario ist es ein Erlebnis, Marx-Karikaturen im Zusammenhang mit Werbeaneignungen linker Sprüche und Symbole zu betrachten. Die nächsten Veranstaltungen sind:

Donnerstag, 19.3. 19.30 Uhr: Die Pariser Kommune 1871. TV-Inszenierung aus der „Proletenpassion“ der österreichischen Politrock-Band „Schmetterlinge“ mit satirischen Szenen und Songs. Österreich 1977, 55 Minuten

Donnerstag, 26.3. 19.30 Uhr: „Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere“, Referent: Klaus Gietinger, Drehbuchautor und Regisseur, Autor der gleichnamigen Biographie

Freitag, 27.3. 19.30 Uhr: „Die 68erinnen“. Porträt einer rebellischen Frauengeneration.“ Autorinlesung mit Ute Kätzel. Eine Veranstaltung der Biografischen Bibliothek

Donnerstag, 2.4. 19.30 Uhr: FINISSAGE

Galerie Olga Benario, Richardstr. 104, 12043 Berlin-Neukölln, U7: Karl-Marx-Straße (Ausgang Neuköllner Oper und durch die Passagen), Infos: 680 59 387 oder 626 16 51 E-Mail: forum@galerie-olga-benario.de, Internet: www.Galerie-Olga-Benario.de Öffnungszeiten: bei Veranstaltungen und auf Anfrage.

Rolf Hecker, Shunichi Kubo, Hans Hübner: „Grüß Gott! Da bin ich wieder!“, 224 Seiten, 600 Abb., Berlin 2008, ISBN 078-3-359-01698-4

Termine DIE LINKE Neukölln

Wahlmitgliedervollversammlungen der Neuköllner LINKEN

Der Bezirksvorstand hat am 5. Februar 2009 beschlossen, für **Donnerstag, den 19. März 2009**, zwei Wahlmitgliedervollversammlungen einzuberufen, die nacheinander am selben Ort stattfinden werden. Gewählt werden die Neuköllner Landesvertreterinnen und -vertreter sowie eine Direktkandidatin oder ein Direktkandidat für die Bundestagswahl 2009.

Die Versammlungen findet statt im Großen Saal des Gemeinschaftshauses am Bat-Yam-Platz 1 in 12353 Berlin (U-Bahnhof Lipschitzallee).

Stimmberechtigt sind alle Mitglieder des Landesverbandes, die ihren Erstwohnsitz in Neukölln haben, mindestens 18 Jahre alt sind und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Wer für den Zeitraum der Mitgliedervollversammlungen eine Kinderbetreuung benötigt, melde sich bitte frühzeitig bei Ruben Lehnert (ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de oder Telefon: 030 40980943)

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand tagt jeden zweiten Donnerstag parteiöffentlich in den Räumen der Geschäftsstelle am Richardplatz 16. Wegen der Mitgliederversammlung am 19.3. entfällt dieser Termin.

Donnerstag, 2.4.2009, 19.00 Uhr
Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16

BO Hermannstraße

Mittwoch, 25.3.2009, 19.00 Uhr
Mittwoch, 1.4.2009, 19.00 Uhr
Jonasstraße 29 (Salvador-Allende-Zentrum)

BO Reuterkietz

Dienstag, 31.3.2009, 19.00 Uhr
Veranstaltung in den Räumen des Vereins iranischer Flüchtlinge e.V., Reuterstraße 52

BO Rixdorf

Donnerstag, 26.3.2009, 19.00 Uhr
Thema: Handlungsperspektiven im Bezirk
Donnerstag, 9.4.2009, 19.00 Uhr
Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16

BO Süd

Dienstag, 24.3.2009, 19.00 Uhr
Thema: Das Superwahljahr 2009 – Chancen und Herausforderungen
Gemeinschaftshaus am Bat-Yam-Platz 1

Impressum

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 1.500 Exemplare

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 9. März 2009

Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum 25. März 2009

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

Ab April: Hartz IV-Beratung bei den Neuköllner LINKEN

DIE LINKE in Neukölln bietet ab April eine Hartz IV-Beratung an. Jeweils am 2. und 4. Donnerstag jeden Monats steht Rechtsanwalt Holger Lange von 17.00 bis 18.00 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 für Beratungsgespräche zur Verfügung. Erstmals am 9. April.

Im Neuköllner Bezirksverband der LINKEN wurde bereits seit längerem darüber beraten, wie den vielen Ratsuchenden geholfen werden kann, die von Hartz IV betroffen sind. Sei es, dass wieder mal eine Ablehnung ausgesprochen wurde, der Regelsatz falsch berechnet wurde, Stress wegen einer Weiterbildungs-

maßnahme entstanden war, Trouble wegen eines 1-Euro-Jobs oder anderen Ärger mit dem Job-Center. Selbsthilfegruppen, wie die Erwerbsloseninitiative ErwiN, stoßen in der Praxis an Grenzen, an denen Rechtsberatung weiterhelfen kann. ErwiN lädt jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat zu einer Frühstücksrunde ab 11.00 Uhr ins Zentrum der Neuköllner LINKEN ein, Richardplatz 16.

DIE LINKE ist der Meinung: Die Hartz-Gesetze sind ein Skandal. Hartz IV ist Armut per Gesetz und muss grundsätzlich überwunden werden. Da es jedoch nicht nur darum geht die „Hartz IV-Repression“ abzuschaffen, sondern auch darum, den Menschen vor Ort unmittelbar weiter zu helfen, wurde jetzt die Möglichkeit einer zusätzlichen, kostenlosen Hartz IV-Beratung geschaffen.

LINKE bereit für Europawahlkampf

Eine lebhafte Debatte über den Europawahlprogramm-Entwurf und den anstehenden Europawahlkampf führte die Neuköllner LINKE auf ihrer Mitgliederversammlung im Februar.

Das Programm für die Europawahlen am 7. Juni 2009 wurde Ende Februar auf dem Parteitag der LINKEN in Essen beschlossen. Es steht im Internet unter www.die-linke.de bereit, ebenso wie die Liste der Wahlkandidatinnen und Kandidaten, Redebeiträge, auch als Video-Mitschnitt, und weitere Beschlüsse des Parteitages.

DIE LINKE. wirkt – wirke mit!

Wenn Du Dir selber eine Meinung über DIE LINKE bilden möchtest, dann informiere Dich direkt bei uns:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:
DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030 613 59 19

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial über DIE LINKE bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon: